



Presseschau vom 06.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Kritik aus den Reihen der US-Demokraten: Trump hat Putsch in Venezuela vermasselt**

Die Liste der Vorwürfe der US-Demokraten gegenüber Präsident Donald Trump ist lang. Nun kommt ein weiterer hinzu: Trump habe es vermasselt, Washingtons Wunschkandidaten in Venezuela an die Macht zu putschen – so die Anklage eines demokratischen Senators. ...

<https://de.rt.com/297k>

Ilona Pfeffer: **„Die europäische Linke macht sich überflüssig“ – EU-Experte Andreas Wehr**

„Was schert uns unser Wahlprogramm?“, fragt Buchautor und EU-Experte Andreas Wehr angesichts des Abstimmungsverhaltens der Linken im EU-Parlament. Konkret geht es um deren Unterstützung für mehr Rüstungsausgaben. ...

<https://sptnkne.ws/Dpfm>

Galija Ibragimowa: **Provinz Idlib: Russland und Türkei schlagen einen Keil in die Terrorgruppen**

Radikale Islamisten gefährden den fragilen Frieden in Syrien: Terroristen rufen dazu auf, die Vereinbarungen zu missachten, die Moskau und Ankara erzielt haben, damit Kämpfe in Idlib aufhören. Die Terrorkrieger halten die Waffenruhe nicht ein. Als Reaktion verstärken syrische und türkische Truppen ihre Stellungen....

<https://sptnkne.ws/Dpf2>

deutsch.rt.com: **Auswärtiges Amt zur Kosovo-Armee: "Erkennen Recht zur Schaffung regulärer Streitkräfte an"**

Vor wenigen Tagen bat RT auf der Bundespressekonferenz um eine Stellungnahme zu mutmaßlichen deutschen Waffenlieferungen an das Kosovo gebeten. Außerdem wollte RT erfahren, wie sich die Bundesregierung in der Frage der Schaffung einer "Kosovo-Armee" positioniert. In schriftlicher Form reagierte das Auswärtige Amt. ...

<https://de.rt.com/297p>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Medwedew warnt Weißrussland vor „traurigen Folgen“ nach Festnahme russischer Bürger**

Die Versuche der weißrussischen Führung, Russland als Feind darzustellen, um ihre eigenen politischen Ziele zu erreichen, werden laut dem russischen Ex-Premier und derzeitigen Vize-Vorsitzenden des Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, „traurige Folgen“ haben.

Hintergrund ist die Festnahme russischer Bürger in Weißrussland, denen Minsk die Vorbereitung von Anschlägen und Unruhen im Vorfeld der Präsidentschaftswahl vorwirft. Medwedew zufolge sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu einer kleinen Scheidemünze im weißrussischen Präsidentschaftswahlkampf geworden.

„Unabhängig davon, was passiert war, ist es unmöglich, den Gedanken loszuwerden, dass die verschiedenen Vorfälle, die dort stattfinden, Teil einer ziemlich einfachen politischen Technologie sind: das Image eines Feindes zu formen und mit dem Bild des Feindes ein politisches Ergebnis zu erzielen“, kommentierte Medwedew die Worte des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, der Russland zuvor als Feind bezeichnete.

Er betonte auch, es sei den weißrussischen Behörden absolut egal, wie es weitergehen würde. Sie würden sich „um diese Russen (später – Anm.d.Red.) kümmern, werden sich etwas ausdenken“, so Medwedew.

„Und nämlich das verursacht nicht nur ein Gefühl des Grolls, sondern ist auch sehr traurig“.

Festnahme russischer Bürger

Ende Juli wurden in Weißrussland mehr als 30 Russen festgenommen, denen die Behörden des Landes vorwerfen, Ausschreitungen vorbereitet zu haben. Nach Darstellung der weißrussischen Seite sind die Festgenommenen Kämpfer des privaten russischen Militärunternehmens Wagner. Später wies Präsident Alexander Lukaschenko die Behauptungen der russischen Seite, dass die inhaftierten Russen auf der Durchreise über Weißrussland geflogen waren, zurück. Ihm zufolge wurden sie speziell in die Republik geschickt.

Am Mittwoch besprach Lukaschenko in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski die Frage der Auslieferung der in Weißrussland inhaftierten Russen. Kiew will die Auslieferung von 28 in Weißrussland festgenommenen Personen wegen deren angeblichen Teilnahme am Militärkonflikt im Donbass fordern.

Der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine gab am 31.Juli bekannt, dass Kiew die Auslieferung von 28 in Weißrussland inhaftierten Bürgern fordere, um sie wegen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Teilnahme am Konflikt im Donbass zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Der Pressedienst stellte fest, dass 28 Personen, von denen neun ukrainische Staatsbürger sind, der Beteiligung an einer Terrororganisation verdächtig erklärt wurden

Russlands Reaktion

Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow gab dagegen bekannt, dass die in Weißrussland inhaftierten Russen Angestellte einer privaten Sicherheitsfirma seien. Sie wären in

Weißrussland auf der Durchreise gewesen und hätten ihren Flug verpasst. Laut Peskow haben die Inhaftierten keine illegalen Handlungen begangen, und Russland hat sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Weißrussland eingemischt. Der russische Präsident Wladimir Putin und Mitglieder des Sicherheitsrates erwarten, wie Peskow äußerte, eine baldige Klärung aller Umstände der Inhaftierung der Russen und ihrer Freilassung.

Das russische Außenministerium teilte wiederum mit, dass eine Gruppe von in Weißrussland festgenommenen Russen auf dem Weg durch Minsk nach Istanbul folgte. Sie hätten alle erforderlichen Dokumente, einschließlich Flugtickets, und die Logistik würde von einer weißrussischen Firma gewährt. Moskau behauptet, dass Minsk über alle notwendigen Dokumente verfüge, um die Wahrheit festzustellen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32267/56/322675667_0:12:2718:1482_1000x541_80_0_0_6a9599af3513bec68fa3ec5cfc83b11e.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 5. August 2020**

Trotz der von der ukrainischen Seite angenommenen Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung haben Kämpfer der 35. Brigade der BFU auf Befehl von Palas wieder die Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung verletzt und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Schusswaffen beschossen.

Die unfähig geplanten Operationen, die den Tod von unterstelltem Personal nach sich gezogen haben, erlauben es ihm nicht, im 503. Bataillon Ordnung zu schaffen.

Diese groben Verletzungen des Regimes der vollständigen Feuereinstellung demonstrieren ein weiteres Mal deutlich die Unfähigkeit des Brigadekommandeurs, seine Kämpfer, die das Image der Führung der Ukraine untergraben, zu kontrollieren.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Provokationen nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht erwidert und streng das Regime der Feuereinstellung eingehalten.

Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung eines Regimes der Feuereinstellung in diesem Fall verpflichtet ist, gegen die Verletzer Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen und darüber den Koordinator der dreiseitigen Kontaktgruppe in Kenntnis zu setzen.

Wir fordern vom Kommando des Stabs der OOS, Willen zu zeigen, Ordnung in die unterstellten Einheiten zu bringen und alle übernommenen Verpflichtungen bezüglich eines allumfassenden Waffenstillstands zu erfüllen.

Ein weiteres Mal warnen wir, dass die Volksmiliz der DVR im Fall einer Aggression von Seiten des Gegners bei Erhalt eines entsprechenden Befehls zu adäquaten Maßnahmen zur Verteidigung der Republik bereit ist.

de.sputniknews.com: **Weiterer Schlag gegen Nord Stream 2: Rohrlegeschiffspächter**

bleibt Projekt fern

Die Umsetzung des Gaspipelineprojekts Nord Stream 2 ist mit einem neuen, unerwarteten Hindernis konfrontiert: Der Pächter des Rohrlegekahns „Fortuna“ wird nicht in das Projekt einsteigen, meldet die Nachrichtenagentur RBK am Mittwoch.

Der Fertigbau der Pipeline wäre nach dem Ausstieg des Schweizer Konzerns Allseas jetzt unter Einsatz eines mit Grundgeschirr ausgestatteten Rohrlegers in Begleitung eines anderen Schiffes mit dynamischer Positionierung denkbar, die es ermöglicht, ohne Anker und ohne Anlegen an einem bestimmten Ort festzumachen.

Der Kahn „Fortuna“ des Unternehmens Meschregiontruboprowodstroi (MRTS) ist mit Grundgeschirr ausgerüstet. Der zweite mögliche Kandidat – das Rohrlegeschiff „Akademik Cherskiy“ – kann ohne Anker festmachen.

„Für den Fertigbau der Exportpipeline Nord Stream 2, die von US-Sanktionen belegt ist, wird MRTS die ‚Fortuna‘ nicht zur Verfügung stellen“, sagte ein Unternehmenssprecher dem RBK. Zugleich räumte er ein, dass MRTS nie Eigentümer des Kahns war.

Die „Fortuna“ werde auf der Basis eines Bareboat-Charter-Vertrages gepachtet (wenn der Kunde das Schiff ohne Mannschaft zum uneingeschränkten Einsatz in diversen Projekten bekommt).

Zum eigentlichen Eigentümer der „Fortuna“ wurden keine Angaben gemacht.

Gasprojekt Nord Stream 2

Das Pipelineprojekt wird von der Nord Stream 2 AG realisiert. Mehr als sieben Monate nach dem Baustopp für die Ostsee-Gasleitung wegen der US-Sanktionen bleibt unklar, ob und wann die letzten Rohre des Milliardenprojekts verlegt werden. Zwar trat eine dänische Genehmigung für den Einsatz russischer Rohrlegeschiffe nach Auslaufen einer Einspruchsfrist am Montag in Kraft. Nord Stream 2 hat die Wiederaufnahme der Bauarbeiten bei der dänischen Energieverwaltung aber bis Dienstagnachmittag noch nicht angemeldet. Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland durch die Ostsee ist zu 94 Prozent fertig. Von den insgesamt 2460 Kilometern - die sich ergeben, weil die 1230 Kilometer lange Pipeline aus zwei parallelen Strängen besteht - fehlen nur noch gut 150: etwa 120 in dänischen und mehr als 30 in deutschen Gewässern.

Im Dezember 2019 waren die Bauarbeiten vor der dänischen Insel Bornholm abrupt gestoppt worden, weil die beiden Schweizer Verlegeschiffe wegen der ersten Sanktionswelle der USA ihre Arbeit einstellten.

Dänemark genehmigt Weiterbau

Für den Einsatz von Rohrverlegungsschiffen mit Anker musste sich Nord Stream 2 eine Genehmigung bei der dänischen Energieverwaltung einholen, die am 6. Juli grünes Licht gab. Innerhalb einer vierwöchigen Einspruchsfrist konnte schriftlich dagegen Beschwerde eingelegt werden. Am Montag lief diese Frist aus, ohne dass bei der in Viborg ansässigen Energieberufungsstelle Einsprüche eingingen.

Die Internetseite MarineTraffic, die Schiffe weltweit verortet, zeigt Mukran auf Rügen und Rostock als Standorte der "Akademik Cherskiy" und der "Fortuna" an.

USA sträuben sich gegen Nord Stream 2

US-Präsident Donald Trump hatte Ende 2019 erste Strafmaßnahmen gegen bestimmte Unternehmen ermöglicht, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind. Die betrafen vor allem die Rohrlegeschiffe. Mitte Juli drohte US-Außenminister Mike Pompeo mit einer Ausweitung der Sanktionen unter dem CAATSA-Gesetz ("Countering America's Adversaries through Sanctions"), die auch deutsche Unternehmen treffen könnten. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft fordert nun harte Gegenmaßnahmen.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/08/05/327643797_0:299:3207:2033_1000x541_80_0_0_5b89c3424528ffa8bad5b300e6485283.jpg

de.sputniknews.com: **Zweites Flugzeug mit russischer Hilfe landet in Beirut**

Ein zweites russisches Flugzeug mit Ausrüstung und Fachkräften ist in der libanesischen Hauptstadt Beirut eingetroffen. Dies teilte der Pressedienst des russischen Katastrophenschutzministeriums mit.

Die IL-76 sei vom Flughafen Schukowski bei Moskau gestartet und um 20:05 Uhr (MESZ) in Beirut gelandet.

Zunächst war eine Superjet Sukhoi in der libanesischen Hauptstadt eingetroffen.

Insgesamt beabsichtigt das Ministerium, fünf Flugzeuge nach Beirut zu schicken, die ein luftverlegbares Krankenhaus und ein Labor von der russischen Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor zur Erkennung von COVID-19 liefern sollen. Ärzte und Retter der luftbeweglichen Einheit „Tsentros pas“ würden ebenfalls im Libanon eintreffen.

Alle Spezialisten hätten spezielle Anzüge und Schutzausrüstung, um die Situation mit dem Coronavirus zu berücksichtigen.

Nach Angaben des Ministeriums werden rund 150 Personen nach Beirut geschickt. ...

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/g0QPSf-pgZw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/g0QPSf-pgZw>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Deutschland bietet Hilfeinsatz der Bundeswehr im Libanon an**

Deutschland hat dem Libanon nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut einen größer angelegten Hilfeinsatz der Bundeswehr angeboten. Dazu wurde nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur auch der für den Transport Schwerverletzter ausgerüstete Luftwaffen-Airbus A310 „MedEvac“ bereitgestellt.

Geprüft wurde am Donnerstag, ob das Luftlandrettungszentrum der Bundeswehr – eine mobile Sanitätseinrichtung – aufgebaut werden kann. Ein Erkundungsteam des Sanitätswesens der Bundeswehr soll kurzfristig eingeflogen werden und die Lage in Beirut vor Ort prüfen.

Geplant ist auch, die Korvette „Ludwigshafen am Rhein“ aus dem laufenden Einsatz der UN-Libanon-Truppe von Zypern aus nach Beirut zu verlegen. Geprüft wird aber noch, ob dies von libanesischer Seite gewünscht ist.

Zuvor hatte das Auswärtige Amt einen Krisenstab eingerichtet, der dem Libanon kurzfristige

humanitäre Hilfe leisten soll. Außerdem soll das THW an der Leistung beteiligt sein. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/06/327644075_0:74:3072:1736_1000x541_80_0_0_6c5dbec45c2158e695fb52a750b.jpg

de.sputniknews.com: **Verletzung der Staatsgrenze Russlands nicht zugelassen“: Su-27-Jet fängt US-Aufklärer ab**

Ein russischer Kampffjet des Typs Su-27 hat am Mittwoch zwei Flugzeuge der United States Air Force und der US Navy abgefangen, die sich der russischen Staatsgrenze am Schwarzen Meer annäherten. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Um die Ziele abzufangen, stieg laut der Behörde ein Kampffjet des Typs Su-27 der diensthabenden Flugabwehrkräfte des Militärbezirkes Süd in die Luft.

Die Besatzung des russischen Kampffjets näherte sich den Luftzielen auf eine sichere Distanz an und identifizierte diese als strategisches Aufklärungsflugzeug RC-135 der US Air Force und als Patrouillenflugzeug P-8a Poseidon der US Navy.

Nachdem die US-Flugzeuge sich von der Grenze Russlands entfernten, kehrte der russische Kampffjet erfolgreich zu seinem Heimatflughafen zurück.

„Der ganze Flug des russischen Flugzeuges Su-27 erfolgte in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Regeln zur Nutzung des Luftraumes“, teilte Russlands Verteidigungsministerium mit.

„Eine Verletzung der Staatsgrenze Russlands durch die US-amerikanische Aufklärungsflugzeugen wurde nicht zugelassen“, hieß es.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 5. August 3:00 Uhr bis 6. August 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Gorlowka (Siedlung der Bergwerks 6/7).**

Außerdem wurden technische Arbeiten des Gegners in der Nähe von Schumy sowie Detonationen auf den Positionen der BFU im Gebiet von Starnatowka und Nowoluganskoje festgestellt

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **US-Außenamt deckt „Säulen russischer Propaganda“ auf – Botschaft kontert**

Das US-Außenamt hat einen Bericht unter dem Titel „Säulen des Desinformations- und Propaganda-Ökosystems in Russland“ veröffentlicht, in dem verschiedene Quellen der angeblichen russischen Propaganda unter die Lupe genommen werden. Russlands Botschaft in Washington kommentierte den Beitrag.

„Das russische Desinformations- und Propaganda-Ökosystem ist eine Sammlung von offiziellen, indirekten und anonymen Kommunikationskanälen und Plattformen, die Russland zur Erstellung und Verstärkung von falschen Erzählungen nutzt“, hieß es.

Das Ökosystem bestehe aus fünf Hauptstützen: offizielle Regierungskommunikationen, staatlich finanzierte globale Sendungen, Kultivierung von Handlangerressourcen, Nutzung von Social Media als Waffe und Desinformation mit Hilfe von Handlungen im Cyber-Raum. Der Kreml trage direkte Verantwortung für die Kultivierung dieser Taktiken und Plattformen als Teil der Verwendung von Informationen als Waffe.

Als Beispiel von Desinformationsquellen werden unter anderem RT, Sputnik und RIA Novosti angeführt.

Die USA hätten das Ziel, die Taktik Russlands aufzudecken, damit ihre Alliierten, die Zivilgesellschaft, die Medien und die internationale Öffentlichkeit weitere eigene Analysen durchführen und die kollektive Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation und Propaganda stärken könnten.

Russische Botschaft antwortet

„(...) Das US-Außenamt ist nicht besonders begeistert von der Existenz alternativer Informationsquellen. Um diese in Verruf zu bringen, sind ernsthafte Mittel im Einsatz. Eine beliebige Stimme, die Washington widerspricht, wird als 'Desinformation' im Dienste des Kremls und russischer Geheimdienste eingestuft. (...) Der obige Bericht ist ein Versuch, offizielle russische Vorschläge zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen zu übertönen, von denen die Sicherheit der ganzen Welt abhängt“, schrieb die russische Botschaft in den USA auf Facebook.

Die Botschaft informiert, russische und ausländische Medien, die die USA kritisieren, sollten berücksichtigen, dass sie zum Objekt der gründlichen Überprüfung werden könnten. Ihre Ressourcen in sozialen Netzwerken seien dem Risiko ausgesetzt, gesperrt zu sein.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32690/11/326901178_0:334:3072:1996_1000x0_80_0_1_e40dd94d42d85139974832e95f4d7c4a.jpg

Lug-info.com: Am 6. August um 9:00 Uhr sind in der LVR insgesamt 621 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon sind 586 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen worden.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 15 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **75 Jahre nach US-Atom-Angriff: Hiroshima legt Japan Beitritt zu UN-Atomwaffenvertrag nahe**

Der Bürgermeister von Hiroshima, Kazumi Matsui, hat die Regierung in Tokio aufgerufen, dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten. Japan müsse „seine Rolle als Vermittler“ zwischen Atomwaffenstaaten und denen, die keine Atomwaffen besitzen, verstärken, forderte er in seiner Rede zum 75. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Vor drei Jahren hatten sich zwei Drittel der Mitgliedsländer der Vereinten Nation auf diesen Vertrag verständigt. Bislang haben ihn jedoch erst 32 Staaten ratifiziert. Damit er in Kraft treten kann, müssen ihn 50 Länder ratifizieren.

Atommächte wie Großbritannien, Frankreich, Russland, China und die USA haben den Vertrag nicht unterzeichnet. Genauso wie Japan und Südkorea, die unter dem atomaren Schutzschild der USA stehen. Auch die Nato-Staaten lehnen den UN-Atomvertrag ab. Er drohe die Abrüstungsbemühungen im Rahmen des vor 50 Jahren in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrags (NPT) zu unterlaufen, warnten Kritiker.

Es sei sinnvoller, mit den Atomwaffenstaaten über konkrete Abrüstungsschritte zu sprechen, hatte Bundesaußenminister Heiko Maas erst im vergangenen Jahr bei einem Besuch in Hiroshima erklärt. Am vergangenen Mittwoch warnte Maas vor einer neuen Runde des atomaren Wettrüstens.

„Die nukleare Abrüstung stagniert. Neue Technologien lassen gefährliche Ungleichgewichte entstehen“, sagte der Politiker in Berlin. Nordkorea fordere mit seinem Griff nach Atomwaffen die ganze Weltgemeinschaft heraus. Deshalb müsse 75 Jahre nach der Katastrophe von Hiroshima ein „neuer Impuls für Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung“ ausgehen.

Japan hatte den NPT 1976 ratifiziert, will dem neuen UN-Vertrag aber ebenfalls nicht beitreten. Regierungschef Shinzo Abe ging in seiner Rede am 75. Jahrestag in Hiroshima auch nicht auf den Vertrag ein. Er sagte aber, Japan habe als einziges Land, das Opfer von Atombomben im Krieg war, die Pflicht, weiter auf eine Abschaffung von Nuklearwaffen hinzuarbeiten. Japan werde alles tun, um eine Welt in dauerhaftem Frieden und frei von Atomwaffen zu realisieren.

Gedenktag nach amerikanischem Atom-Angriff auf Hiroshima und Nagasaki

Um 08.15 Uhr (Ortszeit), dem Zeitpunkt, als der US-Bomber Enola Gay die erste im Krieg eingesetzte Atombombe mit dem Namen „Little Boy“ über Hiroshima abgeworfen hatte, legten die Menschen in Hiroshima eine Schweigeminute ein. Wegen der Corona-Pandemie wurde die Gedenkzeremonie diesmal kleiner abgehalten. Die Teilnehmer trugen überwiegend Masken und mussten Abstand voneinander halten.

Zehntausende Bewohner von Hiroshima waren beim Abwurf der amerikanischen Atombombe damals sofort ums Leben gekommen, insgesamt starben bis Ende 1945 schätzungsweise 140.000 Menschen. Drei Tage nach Hiroshima warfen die USA eine zweite Atombombe über Nagasaki ab. Kurz danach kapitulierte das japanische Kaiserreich.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/06/327645688_0:193:3072:1855_1000x080_0_1_9467e8c904a944f0f3554fad62048d9.jpg

de.sputniknews.com: **Google sperrt 86 russische YouTube-Channels – auch chinesische und iranische Konten blockiert**

Der US-Internetriese Google hat 2701 iranische, chinesische und russische YouTube-Channels unter anderem wegen Veröffentlichung von politischem Content gesperrt. Ein entsprechendes Bulletin wurde am Mittwoch auf der Google-Webseite publik gemacht. Das Unternehmen berichtete, dass es 86 russische YouTube-Channels gesperrt habe. Grund dafür seien Materialien auf Deutsch, Russisch und Persisch über russische und syrische Politik und die US-Reaktion auf Covid-19; Materialien auf Englisch und Russisch über die EU, Ukraine, USA und Litauen; Materialien auf Russisch über innere Politik Russlands und über internationale Politik; koordinierte Kommentaren unter einer kleiner Gruppe von Videos auf Russisch.

Darüber hinaus wurden drei russische Blogs und ein AdSense-Konto gesperrt.

Überdies teilte Google mit, dass es 2596 chinesische YouTube-Channels blockiert habe. Diese hätten meistens nicht-politischen Spammcontent hochgeladen, die kleinen Untergruppen hätten aber auch politischen Content erstellt, hauptsächlich auf Chinesisch, hieß es.

Zudem wurden 19 iranische Channels, ein Werbe-Account und ein AdSense-Konto gesperrt. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Kampagne mit der International Union of Virtual Media (IUVM) verbunden gewesen sei und den Content auf Arabisch erstellt habe, der die US-Reaktion auf Covid-19 sowie die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den USA beleuchtet habe.

Mzdnr.ru: **Am 5. August wurden in der DVR 48 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.**

Davon sind drei Fälle bei aus der Ukraine eingereisten Personen festgestellt worden, einer bei einer aus der RF eingereisten.

Die übrigen neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten, darunter zehn medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand alle Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige medizinische Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurde ein Patient nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Außerdem gab es drei Todesfälle – ein Mann im Alter von 60 Jahren und Frauen im Alter von 92 und 62 Jahren.

Am 6. August um 12:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1914 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

943 Patienten sind derzeit in Behandlung, 860 als gesund entlassen, es gibt 111 Todesfälle. Zum Stand am 5. August wurden Coronavirusinfektionen bei 85 Personen, die seit dem 25.

Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: **Deutsche Umwelthilfe will Nord Stream 2 vor Gericht stoppen**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will vor Gericht die Genehmigung der Ostseepipeline Nord Stream 2 nachträglich kippen. Nach Darstellung der DUH soll unkontrolliert das Klimagas Methan austreten: Es gäbe Lecks bei Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdgas. Die Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Bergamt Stralsund reicht dem Verein nicht. Die DUH klagt vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Greifswald auf Überprüfung der Betriebsgenehmigung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2.

„Die DUH fordert das zuständige Bergamt Stralsund mit der Klage auf, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu unkontrolliertem Methanaustritt zu berücksichtigen und Lecks bei Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdgas zu prüfen.“

Methan als Hauptbestandteil von Erdgas sei bis zu 86-mal klimaschädlicher als CO₂, heißt es weiter in der Pressemitteilung der DUH. Gemäß neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen sollen die Methan-Emissionen bei der Erdgas-Förderung deutlich höher als bislang angenommen sein.

Einen Antrag der DUH auf Überprüfung der Genehmigung von Nord Stream 2 auf dieser Grundlage hatte das Bergamt Stralsund zuvor abgelehnt, daher ziehe die DUH jetzt vor das Greifswalder Gericht. Die DUH fordert, bis zum Abschluss des Verfahrens den Bau von Nord Stream 2 auszusetzen.

Ein Sprecher des OVG bestätigte gegenüber der DPA den Eingang der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss des Bergamtes Stralsund. Ein Verhandlungstermin stehe allerdings noch nicht fest. In ihrer Klage beantragt die DUH auch eine Vorlage beim Europäischen Gerichtshof.

Stralsunder Umweltverträglichkeitsprüfung unvollständig?

Die bereits erfolgte Prüfung der Umweltverträglichkeit durch das Bergamt Stralsund vom 31. Januar 2018 habe sich auf mögliche Methan-Austritte der Nord Stream 2-Pipeline selbst bezogen und bewertete diese seeseitig als nicht vorhanden. Diese Betrachtung sei jedoch unvollständig, so die Umwelthilfe. Die Prüfung der Umweltverträglichkeit müsse Methan-Lecks aus Förderung, Transport und Verarbeitung des Erdgases einbeziehen.

„Wir sind uns sicher, dass Nord Stream 2 mit den mittlerweile vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht genehmigt worden wäre“, so Constantin Zerger, der bei der DUH für Energie und Klimaschutz zuständig ist. „Die neuen Messmethoden für Methan-Lecks müssen jetzt zwingend berücksichtigt werden, denn sie belegen einen massiven Einfluss der Pipeline auf unser Klima.“

Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland durch die Ostsee ist zu 93 Prozent fertig gebaut. Über sieben Monate nach dem Baustopp für die Ostsee-Gasleitung wegen der US-Sanktionen ist unklar, ob und wann die letzten Rohre des Milliardenprojekts verlegt werden. Von den insgesamt 2460 Kilometern (die 1230 Kilometer lange Pipeline besteht aus zwei parallelen Strängen) fehlen nur noch etwa 120 Kilometer in dänischen und mehr als 30 Kilometer Bauabschnitt in deutschen Gewässern.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/06/327645904_0:228:2870:1780_1000x080_0_1_99b1301ed68416c2711ff549e7dda7a0.jpg

nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin über den Einsatz von verbotenen Antipersonenminen durch die ukrainische Seite im Donbass

Im siebenten Jahr leben die Einwohner des Donbass im Zustand eines nicht endenden Krieges. Die bewaffneten Formationen der Ukraine setzen schwere Artillerie, Mörser, Schusswaffen ein.

Besondere Beunruhigung ruft der Einsatz von durch internationale Vereinbarungen verbotenen Antipersonenminen durch ukrainische Soldaten hervor.

Während der Pressekonferenz werden wir auf Grundlage gesammelten Foto- und Videomaterials die gesamte Heuchelei der militärisch-politischen Führung der Ukraine zeigen, die Daten über das Vorhandensein von Antipersonenminen fälscht und so ein weiteres Mal versucht, die Russische Föderation zu beschuldigen und von den EU-Ländern zusätzliche Mittel zu erhalten.

1997 hat die Ukraine die Konvention über das Verbot von Antipersonenminen unterzeichnet, das sie im Jahr 2005 dann ratifiziert hat. Durch das Übereinkommen von Ottawa sind der Einsatz, die Erstellung von Vorräten, die Produktion und Weitergabe von Antipersonenminen verboten.

Das Wiener Übereinkommen über das Recht internationaler Verträge verpflichtet einen Staat, der einen internationalen Vertrag unterzeichnet hat, unzweideutig dazu, auf Handlungen zu verzichten, die den Aufgaben, die ein solches Dokument lösen soll, entgegenstehen.

Faktisch aber setzten die bewaffneten Formationen der Ukraine regelmäßig Antipersonenminen auf dem Territorium des Donbass ein und verletzen damit das Völkerrecht und die vom Staat übernommenen Verpflichtungen zu dessen Einhaltung. Dabei beschuldigen sie die Volksrepubliken des Erhalts von Minen von der Russischen Föderation. Die vom Stellvertreter des ständigen Vertreters der Ukraine bei den internationalen Organisationen in Wien Lossowskij vorgelegten Vorrichtungen KPOM-2 mit einer Antipersonenmine POM-2 würden nach Erklärung der ukrainischen Seite von der russischen Seite an die Volksmiliz der DVR und LVR geliefert.

Im November 2008 hat die Ukraine in einem Bericht für Landmine-Monitor mitgeteilt, dass sie ihren gesamten Vorrat an Antipersonenminen – 238.010 Stück – vernichtet habe.

Aber nach der Durchführung von praktischen Übungen mit Soldaten Estlands und Finnlands im Jahr 2019 zu urteilen sind diese Minen sowie PKM-Komplexe zur ferngesteuerten Verminung mit Kassetten KPOM-3 bei den ukrainischen Streitkräften vorhanden und werden

aktiv sowohl bei Übungen als auch bei Kämpfen eingesetzt.

Während der Übungen mit Reservisten führen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Übungen zur technischen Ausbildung durch und bilden die Bürger in den Grundlagen des Sprengstoffwesens aus.

Bei den Übungen wird die gesamte Nomenklatur von Antipersonenminen vorgestellt, die die Ukraine gemäß dem Übereinkommen von Ottawa unter internationaler Aufsicht hätte vernichten müssen.

Die Kursanten der Militärhochschulen werden auch in Fragen der Installation von Antipersonenminen, sowohl in der steuerbaren Varianten als auch als Stolperdrahtmine, ausgebildet – eine direkte Verletzung des Übereinkommens von Ottawa durch die Ukraine. Aber davor verschließen alle die Augen, für die internationalen Beobachter ist das nicht interessant.

Ausgehend von einem Bericht von Landmine-Monitor hat die Ukraine 1950 Minen aufbewahrt (950 PMN und 1000 PMN-2), angeblich zu Ausbildungszwecken. Diese sogenannten Ausbildungszwecke demonstrieren die Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“. Die Ukraine hat keine genaue Information über die Bestimmung und den tatsächlichen Einsatz der aufbewahrten Minen geliefert. Aber in offenen Quellen wird frei die Ausbildung von Kämpfern des „Rechten Sektors“ in der Durchführung von Diversionen und Terrorakten unter Nutzung von Antipersonenminen steuerbarer und auszulösender Art demonstriert. In den Ausbildungszentren durchlaufen Wehrpflichtige und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte einen vollständigen Kurs zum Umgang mit Antipersonenminen, die von den ukrainischen Streitkräften im Donbass eingesetzt werden. Die Übungen führen unter anderem Instrukteure aus NATO-Ländern durch.

Der Ex-Leiter des technischen Dienstes der Nationalgarde der Ukraine Wadim Jazuljak erklärte gegenüber Vertretern von Massenmedien offen über den Einsatz von Antipersonenminen im Donbass im Jahr 2017 durch die Nationalgarde der Ukraine, die Missachtung der Normen des humanitären Völkerrechts und der Moral durch die ukrainische Seite sowie über den Druck von Seiten der militärisch-politischen Führung der Ukraine, um die Soldaten der Nationalgarde der Ukraine zur Verminung des Territoriums des Donbass unter Nutzung von Antipersonenminen zu zwingen.

Ein Film über die Ausbildung von Pionieren der Nationalgarde der Ukraine bestätigt die Worte Wadim Jazuljaks.

Trotz des unterzeichneten Übereinkommens hat eine internationale Kommission der NATO zur materiell-technischen Versorgung und Wartung das Vorhandensein eines ganzen Arsenal von dem Übereinkommen widersprechenden Waffen im Bestand der Unterstützungskräfte der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Darunter sind 79412 Antipersonenminen PFM-1 „Lelestok“, 25688 POM-2 „Otkok“, 72.720 Lufteinsatzblöcke zum Abwurf von PFM-1, 10.233 Kassenraketenartilleriegeschosse 9M27K3 „Inkubator“, 30954 Antipanzerkassettenminen KPTM-3, 650 Artilleriegeschosse PTM-1G.

Die Führung des Verteidigungsministeriums der Ukraine hat mehrfach Rechenschaft über die Abmusterung von Antipersonenminen PFM-1, POM-2, MON verschiedener Modifikationen abgelegt, aber die Antipersonenminen wurden in die Verbände der ukrainischen Streitkräfte im Donbass geschickt, wo sie in Verletzung aller Konventionen eingesetzt werden.

Wie man auf interaktiven Karten des verminnten Territoriums des Donbass, das sich unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet, sehen kann, sind Minenfelder an solchen Orten eingerichtet, wo keine Kriegshandlungen stattfanden. Offenbar ist das eine der Arten der Vernichtung der Minen, die sich Kiew ausgedacht hat.

Am Beispiel eines Dokuments der ukrainischen Streitkräfte, das wir 2017 über unsere Aufklärung erhalten haben, kann man die Zahl der installierten Minenfelder, Minen und deren Typ beurteilen.

Ausgehend von dem Dokument haben vier Brigaden 356 Minenfelder eingerichtet, dabei

wurden nur für 81 Karten erstellt. Insgesamt wurden 21.418 Antipanzermijnen und 1028 Antipersonenmijnen installiert. In der OOS-Zone befinden sich ständig 12 allgemeinmilitärische Brigaden, davon zehn am Frontbereich.

Bei der Arbeit einer Woche von technischen Einheiten der Volksmiliz und der Zivilschutzministerien der Republiken zur Säuberung des Territoriums des Frontstreifens wurden 114 explosive Gegenstände gefunden und vernichtet.

Einige entschärfte Minen konnten auf Anfrage der Generalstaatsanwaltschaft der DVR identifiziert werden.

Die erhaltenen Daten verweisen direkt auf die Zugehörigkeit der Antipersonenmijnen zu den ukrainischen Streitkräften.

Wir stellen Ihnen einen kleinen Teil von dienstlichen Aufnahmen von der Entdeckung und Entschärfung von Antipersonenmijnen vor, die von den ukrainischen Streitkräften in Waldstücken in der Nähe von damals von ihnen kontrollierten Ortschaften installiert wurden. Auf den Bildern kann man eine entdeckte steuerbare Antipersonenmine MON-90 sehen, es ist eine von tausend Stück, die 1991 in den Lager in der Oblast Kiew geblieben sind.

Alle entdeckten Minen wurden mit Hilfe einer Aufsatzladung vernichtet.

Die vollständige Version wird auf unserem Telegram-Kanal veröffentlicht werden.

Fälle der Installation von Antipersonenmijnen werden regelmäßig auch in den Berichten der Beobachter der OSZE-Mission erwähnt.

So haben Beobachter am 25. April dieses Jahres einen Fall von Entladung von vier Kisten mit Antipersonenmijnen „MON-90“ in Popasnaja bemerkt, am 2. März haben Beobachter eine installierte Antipersonenmine „MON-90“ im Gebiet von Solotoje dokumentiert.

Der unkontrollierte Einsatz von Antipersonenmijnen durch ukrainische Soldaten bringt eine direkte Gefahr für Leben und Gesundheit nicht nur örtlicher Einwohner, sondern auch der ukrainischen Soldaten selbst, die regelmäßig auf Sprengeinrichtungen geraten, die ihre Vorgänger installiert und nicht auf den Karten der Minenfelder eingetragen haben.

Nach uns vorliegenden Informationen betrogen die nicht kampfbedingten Verluste der BFU in der Zone der sogenannten „Operation der Vereinigten Kräfte“ durch Geraten auf eigenen Antipersonenmijensprenginrichtungen 88 Tote und 246 Verletzte. Dennoch hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht vor, von der Nutzung dieser Minen Abstand zu nehmen.

So bleibt, trotz der von der Ukraine unterzeichneten Konvention, die Tatsache bestehen – die ukrainischen Streitkräfte nutzen nach wie vor Antipersonenmijnen. Aber offiziell bestätigt das niemand. Indem sie den Einsatz von Antipersonenmijnen leugnen, lügen alle – von der ukrainischen Regierung und den Soldaten bis zu den internationalen Organisationen wie OSZE und UNO.

Die Verminung mit Antipersonenmijnen durch die ukrainischen Streitkräfte in der OOS im Donbass wird durch einen „leichten“ Austausch von Begriffen getarnt. In den Verbrauchslisten für Munition und Sprengstoff werden in den ukrainischen Streitkräften Antipersonenmijnen jetzt als „technische Sprengsätze“ bezeichnet.

Wie einer der ukrainischen Offiziere der OOS kommentierte, ist es äußerst schwierig, den Einsatz von verbotenen Antipersonenmijnen im Krieg im Donbass durch die ukrainischen Streitkräfte zu beweisen – man muss die Installation der Minen mit einer Videokamera aufnehmen und Beweise für die Vertrauenswürdigkeit dieser Aufnahme vorlegen. Tatsächlich ist es weder den Militärs noch den zivilen Funktionsträgern der Ukraine von Nutzen, dies zu beweisen.

Die Antwort auf die Frage, wer denn den Donbass verminnt hat, ist vollständig dem Standard entsprechend, man nennt Sie Ihnen in jedem ukrainischen Pressezentrum. Natürlich die Separatisten!

Da sie die Prinzipien des humanitären Völkerrechts sowie die Vereinbarungen, die im Rahmen des Minsker Verhandlungsprozesses ausgearbeitet wurden, unterstützt, ruft die

Donezker Volksrepublik die Weltgemeinschaft und die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen auf, alle vorhandenen Möglichkeiten zur Deeskalation des Konflikts, zur Verhütung von zielgerichteten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung von Seiten der bewaffneten Formationen sowie zur strafrechtlichen Verfolgung der Schuldigen an den Kriegsverbrechen auf dem Territorium des Donbass zu nutzen.

Quelle: <http://armiyadnr.su/news/brifing-oficialnogo-predstavatelya-nm-dnr-ebasurina-o-primenenii-ukrainskoy-storonoy> (dort befinden sich auch die genannten Dokumente)

de.sputniknews.com: **Kim Jong-un beschließt Soforthilfe für wegen Corona-Verdachts abgesperrte Stadt Kaesong**

Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un hat laut den Staatsmedien eine Spezialversorgung für die abgeriegelte Großstadt Kaesong angeordnet. Das Land will die abgesperrte Stadt mit Nahrung und Geld versorgen.

In einer Parteisitzung unter Vorsitz Kims seien sowohl organisatorische Fragen als auch Epidemie-Schutzmaßnahmen und die Lage in Kaesong erörtert worden. Am Mittwoch sei die Entscheidung getroffen worden, Nahrungs- und Finanzmittel für die Stadt zur Verfügung zu stellen. Der Schweregrad der Situation für die Einwohner der Stadt bleibt zunächst unklar. Nordkorea hatte Ende Juli wegen eines ersten offiziellen Corona-Verdachtsfalls im Land aus Furcht vor einer Katastrophe Kaesong komplett abgesperrt und den Notstand über die Region ausgerufen.

Das Virus sei wahrscheinlich ins Land eingeschleppt worden, hieß es. Die Krankheitssymptome wurden den Berichten zufolge bei einem „Ausreißer“ registriert, der am 19. Juli illegal die militärische Demarkationslinie zwischen Süd- und Nordkorea passiert habe. Die Person habe sich vor drei Jahren nach Südkorea abgesetzt und sei jetzt über die Grenze zurückgekehrt.

Sollte sich der Verdachtsfall bestätigen, wäre es der erste offizielle Coronavirus-Infektionsfall im Land. Nordkorea hatte bisher nach eigenen Angaben keine einzige Infektion festgestellt und seine Abwehrmaßnahmen als „leuchtenden Erfolg“ beschrieben. Die Angaben wurden im Ausland in Frage gestellt.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 6. August 2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben radikal eingestellte Kämpfer der 35. Brigade die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Schusswaffen beschossen.

Wir rufen das ukrainische Kommando auf, die vereinbarten Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung einzuhalten.

Trotz der bestehenden relativen Ruhe ignoriert die ukrainische Seite weiter ihre Verpflichtungen. In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Fälle von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen in Starognatowka und Schumy** bemerkt. Dabei zwingen die Kämpfer des Bataillons „Ajdar“ im Gebiet von Starognatowka Zivilisten, die sie in den naheliegenden Ortschaften gewaltsam festgenommen haben, unter Einsatz von Erpressung zur Ausführung von Arbeiten in den Schützengräben.

Bei der Durchführung von Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen im Gebiet von Schumy haben Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade einen Quadropter des Typs „Phantom“ zur Aufklärung genutzt. Heute Morgen wurde der Flug einer ukrainische Drohne aus dem Bestand der 24. Brigade im Gebiet von Sajzewo (severnoje) registriert.

Außerdem haben Pioniere der 53. Brigade der BFU in der Nähe von Straßen, die in unmittelbarer Nähe von den Positionen in den Gebieten von Starognatowka und Belaja

Kamenka verlaufen, **19 Antipanzerminen installiert.**

Unter Verletzung des Verbots zur Stationierung von Waffen und Militärtechnik gemäß dem Komplex von Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand haben Kämpfer der 57. Brigade einen T-64-Panzer in der Nähe von Opytnoje stationiert.

Die Informationen über die genannten Fälle von Verletzungen der erreichten Vereinbarungen durch die BFU wurden der ukrainischen Seite im GZKK durch den zuvor eingerichteten Verbindungskanal über die OSZE-Mission übermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, Unterstützung zu leisten, um die ukrainischen bewaffneten Formationen zur Erfüllung der Friedensinitiativen zu zwingen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine setzen ihre kriminelle Aktivität in Bezug auf Objekte der Lebenserhaltung der zivilen Infrastruktur fort.

Unsere Quellen in der Generalstaatsanwaltschaft der Oblast Donezk bemerken, dass derzeit zur Behandlung in der Ermittlungsabteilung Dokumente mit Anzeigen vom Leiter der Verwaltung der Stadt Shelesnoje A.W. Naumow gegen das Kommando der 35. Brigade mit Bezug auf rechtswidrige Aktivitäten von Marineinfanteriesoldaten des 503. Bataillons eingegangen sind. In der Anzeige wird angegeben, dass drei Monate lang bei einer Elektroversorgungstation am südlichen Rand von Shelesnoje gesetzwidrig eine Stromleitung angeschlossen wurde, die zu den Positionen des Bataillons im Gebiet von Schumy führt. Dieser Sachverhalt konnten Spezialisten der Bezirksstromnetze feststellen, nachdem die Intensität der Beschüsse relativ geringer geworden war. Zum Ausgleich der Verluste fordert die Stadtverwaltung vom Verteidigungsministerium 168.000 Griwna.

ukrinform.de: Ukrainische Fallschirmjäger beteiligen sich an Manöver “Saber Junction – 2020” in Deutschland

Eine Einheit der 80. Luftsturmgruppe der ukrainischen Luftlandtruppen nimmt an der Übung “Saber Junction – 2020” in Deutschland teil.

Die Übung mit Soldaten aus 17 Ländern findet auf dem Multinational Readiness Center (JMRC) der U.S. Army in Hohenfels statt, teilte die Pressestelle des ukrainischen Verteidigungsministeriums mit. Laut dem Ministerium waren die ukrainischen Soldaten, wie auch andere Teilnehmer der Manöver, in 14 Tage in der Quarantäne. Alle Soldaten wurden mehrmals auf Covid-19 getestet, das Tests waren negativ.

Das Verteidigungsministerium teilte weiter mit, dass die ukrainische Einheit als Teil eines Regiments der 173rd Airborne Brigade der US-Armee an der Übung teilnimmt.

Mil-lnr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 6. August 2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR erfüllen weiter Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der Republik und halten dabei streng die Minsker Vereinbarungen ein.

Trotz der erreichten Vereinbarungen über eine Feuereinstellung stationieren die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiter **schwere Technik und Waffen in Ortschaften in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern** und verminen die umliegenden Territorien.

Im Verantwortungsbereich der 30. Brigade wurde die Stationierung von sieben Antipanzerminen bemerkt, die quer über eine örtliche Straße in der Nähe von Solotoje-4 installiert wurden.

Außerdem haben Kämpfer derselben Brigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines Wohnhauses in Troizkoje stationiert.

Außer der Verminung von Territorien und der Stationierung schwerer Waffen in Ortschaften, nutzen Kämpfer der BFU weiter aktiv **Mittel der elektronischen Kriegsführung zur Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission.**

So wurden am 5. August auf Befehl des Kommandeurs der 30. Brigade Garas zur Verheimlichung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen, die in einem Wohngebiet stationiert sind, Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Popasnaja blockiert.....

de.sputniknews.com: **Mittelmeerstreit: Athen will Konflikt mit Ankara vor Gericht beilegen – Mitsotakis**

Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis hat während des Sicherheitsforums in Aspen (US-Bundesstaat Colorado) betont, dass Athen bereit sei, den Mittelmeerkonflikt mit der Türkei in Den Haag gerichtlich beizulegen. Ankara reagiert laut ihm nicht auf Appelle zur Zusammenarbeit.

„Ich war gegenüber den Türken und der internationalen Gemeinschaft immer sehr ehrlich: Wenn wir uns nicht einigen können, werden wir eben vor Gericht gehen, und zwar in Den Haag. [Wir werden] einwilligen, dass dies die einzige Differenz ist, die wir haben; die Parameter bestimmen; zustimmen, was wir vereinbart haben; zustimmen, was wir nicht vereinbart haben. Wir werden den Gerichtsbeschluss respektieren, weil wir das Völkerrecht respektieren. Und ich denke, das ist ein sehr fairer Ansatz, soweit wir es nicht können, falls wir es nicht können, unsere Unstimmigkeiten direkt beizulegen“, so Mitsotakis.

Er sagte auch, Athen betrachte das kontroverse Seegrenzabkommen zwischen der Türkei und Libyen als illegal, da es die Hoheit Griechenlands verletze und die ausschließliche Wirtschaftszone griechischer Inseln nicht anerkenne.

Der griechische Ministerpräsident unterstrich außerdem, er habe dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wiederholt gesagt, dass Athen bereit sei, bei der Regelung des Problems der Abgrenzung von Seezonen zusammenzuarbeiten, habe allerdings von ihm keine angemessene Antwort bekommen.

Zypern ist in einen nur von der Türkei anerkannten Norden – die sogenannte Türkische Republik Nordzypern – und in einen griechischen Süden geteilt. Die gesamte Insel ist als Republik Zypern international anerkannt und seit 2004 EU-Mitglied.

Die Türkei und die Republik Zypern streiten sich um Öl- und Gasvorkommen auf dem Festlandssockel der Insel. Aus EU-Sicht unternimmt die Türkei unbefugte Gaserkundungen und -bohrungen vor Zypern.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32612/25/326122528_0:0:3156:1708_1000x0_80_0_1_e88d500571e752037ecc4e38c980ce46.jpg

Dnronline.su: Heute, am 6. August, fand in Sneshnoje eine **Trauerkundgebung zum Gedenken an den Fotokorrespondenten Andrej Stenin** statt, an der Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, Mitarbeiter der Bezirksverwaltung sowie örtliche Einwohner teilnahmen.

„Heute sind es sechs Jahre seit an diesem Ort Andrej Stenin und seine Genossen starben. Hier starben auch einfache Einwohner von Sneshnoje, gewöhnliche Einwohner des Donbass, die sich vor dem Krieg gerettet hatten. An diesem Ort standen Panzer der ukrainischen Streitkräfte, die Autos einfacher Menschen beschossen. Damals wurden mehr als zehn Autos beschossen und gingen in Flammen auf. Dies ist ein Verbrechen der ukrainischen Straftruppen gegen das Volk des Donbass. Danke Andrej und solchen wie ihm, dass sie uns nicht im Stich ließen und keine Angst hatten, der ganzen Welt die Schrecken unseres Krieges zu zeigen“, sagte der Bürgermeister von Sneshnoje Alexandr Skworzow.

Die Direktorin der Schule Nr. 1, die nach A. Stenin benannt ist, Nadeshda Kandaurova erzählte, dass sie ständig die Verbindung mit Kollegen des Fotokorrespondenten und seiner Mutter aufrecht erhält.

Die Teilnehmer der Trauerkundgebung legten Blumen nieder und ehrten das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute.

Der Fotokorrespondent der Agentur „Rossija segodnja“ Andrej Stenin starb am 6. August 2014 in der Kriegszone im Donbass bei der Ausübung seiner beruflichen Pflicht.

Die Behörden von Sneshnoje entschieden, einer Schule in der Ortschaft Gornjazkoje nach Andrej Stenin zu benennen. Später wurde in der Halle der Schule eine Büste des Journalisten aufgestellt.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/08/IMG_4369.jpg

dan-news.info: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über die Nichterfüllung der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands durch die Ukraine

Obwohl in Minsk die für die Regelung des Konflikts im Donbass sehr wichtigen Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung von allen Mitgliedern der Kontaktgruppe vereinbart und unterzeichnet worden sind, erfüllt die ukrainische Seite die erreichten Vereinbarungen nicht so, wie dies festgelegt ist. Diese Maßnahmen, für deren Vereinbarung fünf Monate und eine enorme Menge an Anstrengungen, zum größten Teil von Seiten der Republiken und des Vermittlers des Verhandlungsprozesses in Gestalt der RF, nötig waren, werden von Kiew sehr selektiv umgesetzt. Dies wird schon dadurch deutlich bestätigt, dass die Vertreter der Ukraine, sei es vorsätzlich, sei es aufgrund ihrer Inkompetenz, auf der Seite des Verteidigungsministeriums eine unvollständige und entstellte Liste der vereinbarten Maßnahmen veröffentlicht haben. Mehr noch, das nachlässige Herangehen Kiews an die Vereinbarung über die Schaffung eines

Koordinationsmechanismus zur Reaktion auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung unter Einbeziehung des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung ruft Unverständnis hervor. Die Vertreter der Ukraine antworten aufgrund uns unverständlicher Gründe regelmäßig nicht auf Anrufe und schriftliche Mitteilungen im Rahmen der Organisation einer direkten Verbindung zwischen den Konfliktseiten, obwohl diese im Grunde elementare Bedingung notwendige Voraussetzung für den Aufbau und das weitere Funktionieren dieses Koordinationsmechanismus ist.

Wir rufen die ukrainische Regierung und im Besonderen die neuen Vertreter der Ukraine in Minsk auf, von Provokationen und Sabotage Abstand zu nehmen und mehr Zeit nicht den Aussagen in den Massenmedien, sondern einer sachbezogenen, zuverlässigen und mit den Vertretern der Republiken abgestimmten Arbeit zur Umsetzung ausnahmslos aller Verpflichtungen im Rahmen des Minsker Prozesses zu widmen.